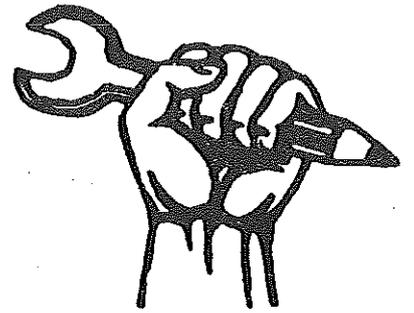


Stoppt den AUSBILDUNGSNOTSTAND



Dieses Jahr haben 716.600 Jugendliche die Schule verlassen, um eine Ausbildung anzufangen. Doch für viele war die Suche umsonst, da ca. 100.000 Ausbildungsplätze fehlen. Obwohl jeder Jugendliche im Durchschnitt ca. 30 Bewerbungen schreibt wird die Chance einen Ausbildungsplatz zu finden immer geringer.

In den letzten vier Jahren wurden in Deutschland 250.000 Lehrstellen abgebaut. Nur noch ein Drittel der deutschen Betriebe bilden überhaupt noch aus. Meistens sind dies Kleinbetriebe, von denen viele die Auszubildenden nur als billige Arbeitskräfte ausnutzen. Daß Jugendliche ein Recht auf Ausbildung haben, zählt nicht mehr.

Auch in den nächsten Jahren wird die Situation nicht besser werden: Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) werden im Jahr 2005 ca. 730.000 Lehrstellen benötigt. Die derzeitige Perspektive ist jedoch weiterer Lehrstellenabbau, so daß dann noch mehr Jugendliche nach der Schule auf der Straße stehen.

Dramatische Situation in Kassel

Hier in Kassel haben dieses Jahr 1.100 Bewerber keinen Ausbildungsplatz bekommen. 400 von ihnen sind in Überbrückungsmaßnahmen und in berufsvorbereitenden Lehrgängen oder in überbetrieblichen Ausbildungsprogrammen untergekommen. Sie werden sich in den kommenden Jahren wieder bewerben. Der Rest ist nach der Schule arbeitslos. Im nächsten Jahr rechnet das Arbeits-

amt Kassel mit 1.600 Jugendlichen, denen keine Ausbildung geboten werden kann. Im öffentlichen Dienst wurden zwischen '87 und '95 54% der Ausbildungsplätze abgebaut? Das sind 161 von 300 Ausbildungsplätzen. Die Stadt zieht sich immer mehr aus der Verantwortung. **Wir fordern diese Ausbildungsplätze zurück.**



Tausende demonstrierten am 6.12.1995 vor dem Kasseler Rathaus

Hat man einen Ausbildungsplatz bekommen, ist einem die Zukunft noch lange nicht gesichert. Immer weniger Unternehmen übernehmen ihre Azubis nach der Ausbildung, was auch die hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen unter 25 Jahren erklärt: Im Osten liegt sie bei 13%, im Westen bei 9,4%.



Sozialistische Alternative

Stadtverband Kassel
Telefon: 0561/285834

Anrufen
Informieren
Mitmachen!

Leeren Versprechungen von Bunderegierung und Unternehmern

Die Regierung zieht sich mehr und mehr aus der Ausbildungsverantwortung. Sie schiebt sie den Unternehmern zu. Vorschläge, daß die Berufsschule auf einen Tag pro Woche reduziert werden soll oder das Auszubildende nach dem Unterricht noch in den Betrieb müssen, bestätigen dies. Ansonsten erschöpft sich die Kohlregierung mit Appellen an die Unternehmer, doch „bitte, bitte“ mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Unternehmer machen dann Jahr für Jahr Versprechungen. Doch das man denen nicht trauen darf erweist sich ständig neu: Anfang 1995

versprochen sie 10% mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. 1996 gibt es 7,6% weniger als im Vorjahr.

Das ist das Ergebnis, wenn man die Ausbildung den „Marktkräften“ überläßt. Die kapitalistische Marktwirtschaft erweist sich auch im Bereich der Ausbildung als unfähig die Bedürfnisse nach Bildung und Einkommen für alle zu erfüllen.

Kürzungen bei Azubis

Doch nicht nur junge Menschen die einen Ausbildungsplatz suchen sind schlecht dran; den Generalangriff auf Löhne und Standards spürt man auch, wenn man schon in der Aus-

bildung ist. So verlangt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) in ihrem 16 Punkte-Programm unter anderem die Absenkung der Ausbildungsvergütung um ein Drittel sowie die Reduzierung der Urlaubstage für Azubis.

Für die Unternehmer ist die Ausbildung ein Kostenfaktor, der im Interesse ihrer Gewinne minimiert werden soll. Ob die Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung bekommen, ist ihnen egal.

Ausbeutung von Azubis

Die schlechte Ausbildungssituation wird von vielen Unternehmern schamlos ausgenutzt. So wird in manchen Betrieben von den Bewerbern ein unbezahltes Praktikum verlangt (z. T. ein Jahr!), bevor eine Entscheidung über ihre Einstellung gefällt wird.

Ein weiteres Problem wird deutlich, wenn man sieht, daß die Durchfallquote in den Prüfungen immer höher wird. Das liegt nicht etwa an der Faulheit der Auszubildenden. Ursachen findet man zum einen in den Berufsschulen: überdurchschnittlich hoher Lehrermangel, 10% Unterrichtsausfall und miserable Ausstattung. Auch in den Lehrbetrieben wird immer weniger gelehrt. Die Auszubildenden müssen anfallende Arbeiten erledigen, die oft nichts mit ihrer Lehre zu tun haben. Andere wiederum müssen über Jahre die gleiche Arbeit verrichten und

werden nicht entsprechend ihrer Ausbildung ausgebildet. Sie stehen dann kurz vor der Prüfung völlig auf dem Schlauch, da sie die ganze Vielfalt des Berufes nicht kennengelernt haben. An immer mehr Beispielen wird deutlich, daß das duale System versagt.

Wie können alle eine gute Ausbildung bekommen ?

Jeder Jugendliche sollte ein Recht auf Ausbildung haben, unabhängig vom Schulabschluß, Nationalität oder finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Doch wer ist verantwortlich dafür und wie können wir das erreichen? Sollten wir es etwa den einzelnen

Unternehmen, wie Mercedes oder dem Bäcker nebenan überlassen? Sie sind weder demokratisch gewählt, noch können sie kontrolliert werden. Außerdem darf eine qualifizierte und umfassende Berufsausbildung keine Privatangelegenheit von Handwerksmeistern und Unternehmern sein, die sie mal recht, mal schlecht oder auch überhaupt nicht anbieten. Wie Schulen und Universitäten gehört auch die Berufsausbildung in öffentliche Hand.

Das heißt, der Staat

muß überbetriebliche Ausbildungszentren schaffen, in denen unabhängig vom Produktionsprozess, also ohne Druck und Streß, gelernt werden kann. Im Osten gibt es, aus der Ausbildungsnot entstanden, schon heute solche Ausbildungszentren. In einem Bericht der FR (22.2.96) lobt die angehende Bürokauffrau Martina Fahrin die gute Lernsituation: „Hier ist immer ein Ausbilder ansprechbar, wenn wir Fragen haben, und Kaffee kochen für irgendeinen Chef, mußte ich auch noch nicht.“ In solchen Lehrwerkstätten könnten auch hochmoderne Maschinen eingesetzt werden, die sich kleine Betriebe überhaupt nicht leisten könnten. So würde für alle die Qualität der Ausbildung steigen.

Die Privatindustrie und auch die Öffentlichen Arbeitgeber schaffen nicht genug Ausbildungsplätze. Mit überbetrieblichen, staatlichen Ausbildungseinrichtungen könnte dies erreicht werden. Außerdem würde dort die Ausbeutung entfallen und es könnte demokratisch organisiert und gestaltet werden. Dort, wo es schon jetzt eine relativ gute Ausbildung gibt, wie z.B. bei VW und anderen Großbetrieben, ist diese oft vom Produktionsprozeß abgekoppelt. Man könnte diese Ausbildungsabteilungen auch räumlich von den Betrieben trennen. Das beweist, daß überbetriebliche, staatliche Ausbildungszentren nicht praxisfern sein müssen. Die überbetriebliche Ausbildung soll auch mit genügend Berufspraktika ergänzt werden.



«Die Industrie richtet dieses Jahr wieder 10000 Lehrstellen neu ein. Vielleicht ist diesmal endlich eine für dich dabei, Papa!»

Gewinne 1995

| | |
|-----------------------|----------------|
| 1. Deutsche Telekom | 5.270,0 Mio DM |
| 2. BASF | 2.470,5 Mio DM |
| 3. Bayer AG | 2.421,0 Mio DM |
| 4. Hoechst AG | 2.245,0 Mio DM |
| 5. VEBA | 2.107,0 Mio DM |
| 6. Siemens AG | 2.084,0 Mio DM |
| 7. Allianz AG Holding | 2.021,0 Mio DM |
| 8. Lufthansa | 1.476,2 Mio DM |
| 9. VIAG | 1.319,9 Mio DM |
| 10. IBM Deutschland | 911,6 Mio DM |

Jahresüberschüsse Banken

| | |
|---------------------------|----------------|
| 1. Deutsche Bank AG | 2.120,0 Mio DM |
| 2. Dredner Bank | 1.208,7 Mio DM |
| 3. Commerzbank | 979,3 Mio DM |
| 4. Hypo-Bank | 676,2 Mio DM |
| 5. Bayerische Vereinsbank | 656,5 Mio DM |

Quelle: Rüdiger Liedtke, Wem gehört die Republik 1997?, zitiert nach 'ran 11/96

Bei Berufen wie Krankenpfleger/in sollte ein großer Teil der Ausbildung natürlich in der Praxis sein. Dieser Bereich soll, wie die Ausbildungszentren auch, durch den Staat, die Gewerkschaften und den JAVen demokratisch kontrolliert und gestaltet werden. Außerdem müsste eine ausreichende Praxisanleitung vorhanden sein und die Azubis dürften nicht in den Personal-schlüssel eingerechnet werden.

Finanziert werden sollen die überbetrieblichen, staatlichen Ausbildungszentren durch eine Abgabe der Betriebe, die sich am Umsatz mißt. Geld ist genug vorhanden. Allein 1995 machten die Chemieriesen Bayer, Hoechst und BASF zusammen über 7 Mrd. DM Gewinn. Die 5 größten Banken zusammen über 5,5 Mrd DM (siehe Tabelle).

Was geschieht nach der Ausbildung?

Immer weniger Azubis werden nach der Ausbildung übernommen und schon gar nicht unbefristet. Viele schlagen sich mit ausbildungsfremden Gelegenheitsjobs durch, sind arbeitslos oder haben bestenfalls einen zeitlich befristeten Job gefunden. Unternehmer und Bundesregierung spielen alt gegen jung aus. Einerseits erhöhen sie den Druck auf ältere Kollegen in den Vorruhestand zu



Unser Programm für das wir kämpfen:

- ⇒ **Garantierte, unbefristete Übernahme aller Azubis im erlernten Beruf**
- ⇒ **Stop der ausbildungsfremden Tätigkeiten**
- ⇒ **einen qualifizierten Ausbildungsplatz für jede/n, vom Staat ebenso garantiert wie schulische Ausbildung**
- ⇒ **Ausbildung raus aus Unternehmerhand. Stattdessen überbetriebliche staatliche Ausbildungszentren**
- ⇒ **Unternehmer sollen zahlen. Abhängig vom Umsatz soll jeder Betrieb eine Ausbildungsabgabe zur Finanzierung der Ausbildungszentren zahlen**
- ⇒ **Demokratische Kontrolle der Ausbildungszentren und Lehrpläne durch Gewerkschaften, Azubis und Staat**
- ⇒ **Statt Kürzung, Anhebung der Ausbildungsvergütungen auf mindestens 1800DM**

gehen, unter in Kaufnahme hoher Rentenabschläge. Andererseits hat die Bundesregierung mit dem Sparpaket die Erhöhung des Rentenalters beschlossen, das wiederum dazu führt, das ältere Kollegen länger arbeiten müssen und jüngere nicht eingestellt werden. Die Verlierer dabei sind immer die Arbeitnehmer, Azubis und Arbeitslose.

Um eine Übernahme nach der Ausbildung zu erreichen müssen genügend Arbeitsplätze für alle geschaffen werden, ob alt oder jung.

Das geht nur über eine drastische Arbeitszeitverkürzung und dadurch die gerechte Verteilung der Arbeit auf alle. Es ist nicht einzusehen warum immer mehr Überstunden gemacht werden und andere arbeitslos sind. Die Arbeitszeitverkürzung muß mit vollem Lohnausgleich umgesetzt werden. Denn nach 4 Jahren Reallohnverlust, kommen viele kaum noch mit ihrem Geld aus.

Arbeit und Ausbildung für alle erkämpfen!

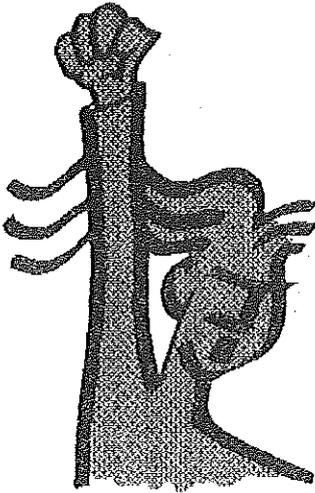
Ohne was zu tun werden keine neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätze entstehen. Doch was tun? Von der Bundesregierung, den Parteien oder den Unternehmern haben wir nichts zu erwarten. Zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sind vor allem die Gewerkschaften gefordert.

Dort sollte jeder und jede aktiv werden. Doch alleiniges Einfordern wird nicht ausreichen. Die Gewerkschaften müssen mit den richtigen Forderungen und der Mobilisierung der Beschäftigten Ausbildungs- und Arbeitsplätze erkämpfen.

Dafür ist auch Dein Engagement nötig.



Frauen in der Ausbildung



Weil ich ein Mädchen bin...

Noch immer werden Mädchen und Frauen nicht nur in der Schule, sondern auch bei der Berufsausbildung und später auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Obwohl Mädchen merklich bessere Schulergebnisse erzielen als Jungen und inzwischen 51% der AbiturientInnen stellen, finden sie schwerer einen Ausbildungsplatz.

Positive Entwicklungen:

Allen Widerständen zum trotz streben immer mehr Mädchen nach einer qualifizierten schulischen und beruflichen Ausbildung und nach (finanzieller) Unabhängigkeit. Inzwischen verfügen 63% aller arbeitenden Frauen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. 1970 waren es nur rund 16%. Das hat in den letzten Jahren dazu geführt, das mehr Frauen berufstätig wurden: Noch nie waren im Westen so viele Frauen beschäftigt wie heute!

Noch immer benachteiligt

Auch dringen Mädchen immer häufiger in die sogenannten "Männerberufe" vor. Trotzdem sind noch immer über ein Drittel aller Mädchen auf nur 5 Berufe (Kauffrau im Einzelhandel, Arzhelferin, Friseurin, Bürokauffrau und Zahnarzhelferin) verteilt. Das liegt zum Teil an den Rollenvorstellungen, die Schule und Eltern für junge Frauen haben. Der Hauptgrund ist aber, daß es für Mädchen oft unmöglich ist, in anderen Berufen einen Ausbildungsplatz zu finden. Weniger als die Hälfte der Mädchen (aber 2/3 der Jungen) werden in ihrem Wunschberuf ausgebildet.

Selbst das Arbeitsamt gibt zu: je schwieriger die wirtschaftliche

Lage ist, desto stärker werden Mädchen bei der Ausbildung und dem Berufseinstieg benachteiligt.

Trotz vergleichbarer Anstrengungen (Informationen, Bewerbungen) blieben in den 80er Jahren Mädchen doppelt so oft ohne Zusage auf ihre Bewerbungen wie Jungen. Und noch immer finden sie schwieriger einen Ausbildungsplatz. So lag der Frauenanteil bei den Lehrstellen-Bewerbungen im Westen bei 48,7%, bei den Ausbildungsabschlüssen waren aber nur noch 37,8% Frauen. Das führt dazu, das Mädchen häufiger schulische Berufsausbildungen statt betrieblicher machen. Allerdings mit dem Nachteil, daß sie erstens dafür keinen Pfennig Geld bekommen und es zweitens hinterher noch schwieriger wird einen Arbeitsplatz zu finden. Die Arbeitslosigkeit von Frauen ist nach der Ausbildung doppelt so hoch wie die der Männer.

Eine Berufsausbildung und ein Arbeitsplatz sind notwendig um (nicht nur finanziell) unabhängig zu sein.

Deswegen treten wir ein für:

- ☉ Gleiche Ausbildungs- und Berufschancen für Mädchen und Jungen
- ☉ Entrümpelung der Schulmaterialien und Unterrichtsmethoden nicht nur fachlich, sondern auch von alten Rollenvorstellungen
- ☉ Einen Ausbildungsplatz für jede/n und garantierte Übernahme von allen Auszubildenden

Was will die SAV?

Die *Sozialistische Alternative (SAV)* organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren. Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im "Komitee für eine Arbeiterinternationale" zusammengeschlossen.

Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft, in der die Arbeitskraft aller Menschen, Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Mach mit bei der SAV!

Mach mit bei SAV

Schickt mir weitere Informationen über Eure Arbeit und Politik

Ich will Mitglied der Sozialistischen Alternative SAV werden

Name, Adresse, Telefon

Ausschneiden und schicken an: Sozialistische Alternative SAV,
Heinreich-Heine-Str.47, 34121 Kassel

Fon: 0561/285834 Fax: 0561/285339

